



„EU-FAHNENFLUCHT“ - AN GROßBRITANNIEN EIN EXEMPEL STATUIEREN

Bystron zum Brexit: „Die EU verhält sich wie der Warschauer Pakt“

Von JOHANNES DANIELS | Die EU-Doppelmoralapostel im Bürokratur-Bollwerk Brüssel wollen an den fahnenflüchtigen Briten ein drastisches Exempel für weitere potentielle EU-Deserteure statuieren. „Bestrafe einen, erziehe 27“ weiß auch „Chairmao Juncker“, trotz seiner gravierenden Ischias-Leiden. Betrachtet man die beiden Hauptgründe, welche die Briten für die Brexit-Wahl veranlassten, erkennt man evident, warum gerade Bundeskanzlerin Merkel und ihr serviles Medien-Gesinnungs-Gesinde das demokratische Austrittsvotum so vehement bekämpfen:

In einer Befragung nach der Wahl im Juni 2016 erklärten 45 Prozent der Brexiteers, der wichtigste Grund für ihre Entscheidung war die Wiedererlangung der nationalen Souveränität („Let’s take back control!“ – Hol Dir Dein Land zurück!). Weitere 25 Prozent gaben an, die Migrationsfrage war für sie der primäre Beweggrund. Viele britische Historiker halten daher die 2015 begonnene unkontrollierte Grenzflutung

Merkels für das eigentliche Zünglein auf der Votum-Waage.

Alle 17.400.000 GB-Ausstiegsbefürworter seien entweder geistig hohle Hooligans oder hätten durch stetigen Insel-Inzest den humanitären Imperativ der EU-„Refugee-Welcome“-Politik nicht verstanden – so erklärten zumindest die deutschen Lakaien-Medien ihren wohl tumben Lesern das Briten-Referendum in quasi-religiöser EU-Anbetung.

„Splendid Isolation“ – Ex-Brexit-Minister erhebt Vorwürfe gegen Deutschland

Dass die Bilder von nie enden wollenden „syrischen Flüchtlingsströmen“ nach Deutschland vielen „[Grooming-Scandal](#)“-geprägten Briten eine „Heidenangst“ eingejagt haben, darf als gesichert gelten. „Wenn nicht einmal die disziplinierten Deutschen willens oder in der Lage sind, ihre Grenzen zu schützen, wem soll es dann gelingen?“, bemerkte sogar Jan Fleischhauer in der Wahrheits-Postille S.P.O.N. und titelte in rhetorischer „Totschlag“-Argumentation: „[Ist die Kanzlerin schuld am Brexit?](#)“

Die Briten wollten wohl einfach selbst darüber bestimmen, wer in ihr Land darf und wer nicht, doch Merkel zeigte sich in diesem Punkt absolut kompromisslos. „Populistische Kritik“ an der illegalen EU-Grenzflutung mit den fatalen Folgen für Europa lässt sich die Chaos-Kanzlerin bekanntlich von niemandem gefallen. Diese Faktenlage durfte sogar der britische Politikwissenschaftler und Historiker, Anthony Gles dieser Tage in der ARD-Runde „[Hart aber Fair](#)“ einen kurzen Moment benennen, der Merkels Grenzblutung auch „entscheidend für den Brexit“ nannte. Er wird so schnell nicht mehr in deutsche „Modern-Talking“-Formate eingeladen werden ...

Ungeordnete Einwanderung führt zu ungeordnetem Ausstieg

So betonte auch der ehemalige Brexit-Minister David Davis vor einer Woche in aller Deutlichkeit, die EU sei in den Brexit-Verhandlungen entschlossen gewesen, „dafür zu sorgen, dass wir

keinerlei Vorteile haben“ würden und er sagte: „Theresa May wird scheitern – und Schuld daran trägt auch Angela Merkel“. Der anvisierte [Chequers-Plan](#) sollte eine Freihandelszone für Güter regeln, um zumindest den reibungslosen Handel mit der EU weiter zu gewährleisten. Die überhöhten Gegenforderungen der EU- dafür hätten den Austritt jedoch komplett ad absurdum geführt. Man wollte die abtrünnigen Briten „leiden“ sehen.

Die EU-hörigen Medien und auch die [EU-Verhandlungsführer](#) aus Berlin und Paris haben nun vor allem in Kontinentaleuropa eine Stimmung der Angst und Faktenverzerrung erzeugt und damit die Verhandlungen unnötig erschwert – jetzt zum Schaden aller beteiligten Europäer.

Bystron: „Freundschaftlicher, fairer Deal wurde verhindert“

Eine ausnahmsweise sachliche und faktenorientierte Diskussion – [ausgerechnet im staatlichen Deutschlandfunk](#) (direkt zum Audio-Stream [gehts hier!](#)) – hat die Polarisierung der kontroversen Meinungen in Deutschland analysiert. Als Gesprächspartner diskutierten Anja Hajduk (Stv. Vorsitzende der Grünen-Bundestagsfraktion), Friedbert Meurer (DLF-Korrespondent für Großbritannien), Volker Treier (Außenwirtschaftschef des DIHK) und der AfD-Obmann im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages Petr Bystron über Folgen eines „NoDealBrexit“, über mögliche Auswege, Merkels Mitschuld und die Ursachen der schwelenden EU-Krise für Europa. Welche Folgen hätte ein ungeordneter Ausstieg der Briten aus der Union für die Wirtschaft?

Der führende AfD-Außenpolitiker Petr Bystron erklärte: „Die Briten haben berechnete Interessen formuliert und wollten darüber verhandeln, und das wurde von Heiko Maas und Angela Merkel als ‚Rosinenpickerei‘ diffamiert. Es wurde also von vornherein verhindert, dass ein freundschaftlicher, fairer Deal zustande kommt. Was wollen die Briten? Sie wollen freien Handel, freien Warenverkehr – sie wollen keine Freizügigkeit. Das hätten wir ihnen ermöglichen können.“

Die EU habe laut Bystron die Brexit-Verhandlungen von Anfang an für die Briten so unangenehm wie möglich gestaltet, um andere EU-Skeptiker von einem Austritt abzuschrecken. Die kriselnde EU benehme sich nun „wie der Warschauer Pakt in seinen letzten Zügen“. Eine Organisation, die darauf angewiesen ist, austrittswillige Mitglieder einzuschüchtern oder gar zu sanktionieren, sei dem Untergang geweiht, führte der versierte Außenpolitiker weiter aus.

Boris Johnson – Britain's Finest Hour is yet to come ...

Das sture Festhalten an der kompromisslosen Haltung gegenüber Großbritannien sowohl durch Angela Merkel wie durch EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker könnte May nun zu Fall bringen. Ihr Nachfolger könnte vermutlich ein Brexit-Hardliner wie der ambitionierte, gehasst und zugleich beliebte Ex-Außenminister Boris Johnson werden – mit Jahrzehnten leidvoller Brüssel-Erfahrung als Herausgeber des renommierten „[Spectators](#)“, dem englischen PI-NEWS-Pendant.

Ein harter Brexit oder die wiederholte Herbeiführung eines neuen Referendums – bis das Ergebnis EU-politisch konform ist – drohe. Beides hätte verheerende Folgen für den weiteren Fortbestand und das Funktionieren der EU. „Angela Merkel und Jean-Claude Juncker sind zu großen Teilen mit ihrer sturen, destruktiven und europafeindlichen Haltung an dieser Entwicklung mit Schuld“, so der Münchner Bystron: „Die verfahrenere Situation im Moment ist das Ergebnis dieser Haltung“.

Bystron zeigte sich in seiner Schlussbemerkung als Verfechter des Freihandels, die demokratische Entscheidung der Briten als zweitgrößter EU-Nettozahler sei jedoch absolut zu akzeptieren. Anja Hajduk (Grüne) entgegnete, dass sich die Brexiteers „mehr als geirrt“ hätten und „in naiver Weise auch das gar nicht gesagt haben, was sie wussten“ (bei min. 39:50). Hajduk zeigte sich erleichtert, dass sich zumindest in Deutschland „80 Prozent“ der Menschen für die EU aussprechen. Die grünen

„Anti-Globalisierung“-Partisanen sind auch nicht mehr das, was sie einmal waren ...

Weg vom Europa der Vaterländer – hin zur autokratischen „Supranation“

Die EU ist ein unbeherrschbares Staats-Mafia-Moloch-Monster geworden und persifliert heute die damaligen Grundideen der versöhnlichen Europapolitik Adenauers, Churchills und de Gaulles – einem pragmatischen „[Europa der Vaterländer](#)“. Das europäische Wohlfahrtsprojekt mutierte zu einem Orwell'schen Schreckensgespenst staatspathologischer Wahnsinnsbürokratie – milliardenschwere EU-Betrügereien rissen sehenden Auges stets unsanktioniert ein und selbstherrliche „EU-Kommissare“ oktroyieren mit weltfremden Gesetzen ihre Lobby-hörige Privatpolitik. Quasi-diktatorisch mit Bestrafungen und bewährten EU-Erpressungen. Immer zum Nachteil der wenigen Nettogeberländer, allen voran Deutschland und Großbritannien.

Aber auch die Zukunftsaussichten sind düster: Für eine EU-Erweiterung kommen nur noch weitere potentielle Mitglieder in Betracht, die immer noch weiter vom deutschen Steuerzahler und den zukünftig zahnlosen [marktwirtschaftlich orientierten „Nordstaaten“](#) subventioniert werden müssen – wie Albanien, Nordmazedonien, Bosnien, Montenegro, Serbien oder gar die Ukraine. Allein für die „Heranführungshilfe“ der Türkei flossen in den letzten Jahren über acht Milliarden: EU-Euro, keine wertlosen Basar-Lira.

„Be-Leave in Britain“ vs. „Believe in EUrokratie“

Die EU leidet seit Jahren an einem erheblichen Legitimationsproblem. Die submissive Merkel-Regierung ist neben Frankreich stärkster Verfechter der Übertragung von immer mehr nationalen Kompetenzen an dubiose supranationale Organisationen – wie auch die Hauptinitiative Deutschlands bei [UN-Migrationspakt und UN-Flüchtlingspakt](#) eindrucksvoll bewiesen hat. Die EU-Strukturen haben längst Oberhand über die

verfassungsmäßige Staatssouveränität gewonnen. Achtzig Prozent aller deutschen – und bislang britischen Verordnungen – werden mittlerweile in Brüssel von undurchsichtigen Ausschüssen beschlossen, um anschließend im Bundestag von den Systemparteien nur noch stoisch-winkekatzenhaft in fatalistischer GroKo-Duldungsstarre abgenickt zu werden, falls überhaupt erforderlich.

Bystron: „Der Brexit soll die Briten nun dafür leiden und zittern lassen. Und ganz Europa gleich mit. Nicht auszudenken, wenn international der Eindruck entstehen würde, dass man die EU verlassen und dann besser dastehen kann. Die Brexit-Krise spitzt sich so weiter zu“.

Man will die Briten dafür bestrafen, dass sie den moralinsauren Bürokratur-Club verlassen. Alle mutmaßlichen „Nachahmungstäter“ sollen deutlich abgeschreckt werden, auf die gleiche Idee zu kommen – „Dexit“ ante portas !

Oder um mit „[Bob dem Baumeister](#)“ und seiner Plagiatorin zu rufen: Totales EU-Chaos – wir schaffen das!